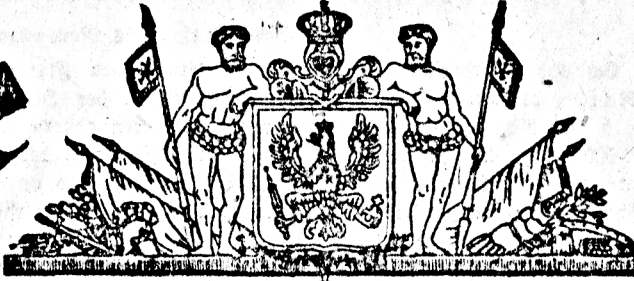


Volkszeitung



Zeitung

Begründet 1704
Berliner Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Die Volkszeitung erscheint zweimal täglich (morgens und abends), an Sonn- und Festtagen nur einmal. Jeden Sonntag die illustrierte Beilage „Zeitbilder“. Sonstige Beilagen und Rubriken: Finanz- und Handelsblatt, Grundstücke-, Hypotheken- und Geldverkehr. Für Reise und Wanderung, Literarische Umschau, Wissenschaftliche Sonntags-Beilage, Allgemeine Verlosungs-Tabellen.

Bezug: In Groß-Berlin monatlich 8 Mark bei tägl. zweimaliger Zustellung. Durch die Post monatlich 2,80 M. oder vierteljährlich 8,40 M. ohne Bestellgebühr. Anzeigen: Zeile 80 P. n. 40 %, Teuerungszuschlag. Familienanzeigen 1 M. netto die Zeile. Keine Verbindlichkeit für Aufnahmen in eine bestimmte Nummer. Annahme um Ullsteinhaus, Berlin SW 68, Kochstr. 22-23, und in allen Geschäftsstellen des Verlages.

Im Verlage von Ullstein & Co. Verantwortl. für die Redaktion (mit Ausnahme des Handelsteils) H. Bachmann in Berlin

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale: Ullstein & Co. Moritzplatz 11 800, 11 801, 11 802 bis 11 850, sowie 15 280, 15 281, 15 282 bis 15 291.

Reichstagung der Arbeiter- und Soldatenräte.

Ein Aufruf des Vollzugsrats.

Der Vollzugsrat des Arbeiter- und Soldatenrats Groß-Berlin erläßt einen Aufruf für eine Delegiertenversammlung in Berlin, die spätestens am 16. Dezember im Sitzungssaal des Abgeordnetenhauses zusammentreten soll:

Ihre Aufgabe würde sein, die Wahl eines provisorischen Zentralrates der Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands vorzunehmen; die Ausarbeitung eines für alle deutschen Arbeiter- und Soldatenräte maßgebenden Wahlsystems zu übernehmen, Entscheidung über die künftige gesetzgebende Versammlung zu fassen und zu sonstigen politischen Fragen Stellung zu nehmen.

Die Delegiertenversammlung soll im Höchstfall 500 Mitglieder umfassen, und zwar soll auf rund 200 000 Seelen sowie auf je 100 000 Mann der noch bestehenden großen Heeresverbände ein Delegierter entfallen. In dem Aufruf wird gesagt:

Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte macht sich aber keine Diktaturgewalt an. Er ist vielmehr der Meinung, daß nur durch eine feste Zusammenfassung aller deutschen Arbeiter- und Soldatenräte die Erregungskräfte der Revolution gelehrt werden können. Mißtrauen und Mißverständnisse drohen in das Gefüge der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte einen Keil zu treiben. Bestrebungen sind im Gange, das Reichsgebiet zu zerlegen und die unheilvolle mittelalterliche Kleinstaaterei in neuer Form wieder einzuführen. Die Verwirklichung der großen demokratischen und sozialistischen Ziele verlangt aber die Erhaltung eines großen deutschen Wirtschafts- und Sprachgebietes. Der Vollzugsrat der Groß-Berliner Arbeiter- und Soldatenräte will keine feindselige Trennung zwischen Nord und Süd. Er will, daß das befreite Deutschland der Schwierigkeiten, die mit dem Friedensschluß verbunden sind, Herr werde; er will, daß die Demobilisierung sich in geordneten Bahnen vollzieht, daß die Gefahren, die der Volksernährung drohen, glatt und ohne Reibung beseitigt werden. Diese Aufgaben können nur erfüllt werden durch ein harmonisches Zusammenarbeiten aller Arbeiter- und Soldatenräte Deutschlands. Die bisherige Tätigkeit des Vollzugsrates von Groß-Berlin stellt ein Provisorium dar, das so schnell als möglich auf eine breitere Grundlage gestellt werden soll. Solange eine gesetzgebende Versammlung nicht das letzte Wort über die Verfassung und Neuordnung des republikanischen Deutschland gesprochen hat, müssen die Arbeiter- und Soldatenräte den Willen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.

Bemerkenswert an dieser Rundgebung ist die Tatsache, daß der Vollzugsrat der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte die gesetzgebende Nationalversammlung als entscheidende Instanz anerkennt. Er entspricht damit dem einmütigen Verlangen aller Soldaten- und der meisten Arbeiterräte, die in zum Teil geradezu leidenschaftlicher Erregung über das ablehnende Verhalten des Vollzugsrates gegenüber der Nationalversammlung gerotet war.

Aus Kiel hatten die Spartakusleute gemeldet, daß die dortige Marine gegen die Nationalversammlung sei. Diese Behauptung wurde durch eine Rundgebung von 800 Vertrauensleuten aller Formationen und Schiffe widerlegt, die sich für die Einberufung der Nationalversammlung aussprachen. Ähnliche Beschüsse liegen neuerdings vor vom Soldatenrat bei der Obersten Heeresleitung, vom Großen Soldatenrat Rowno, von der 8. Armee und vom Soldatenrat der Luftschiffe.

Durchweg wird jede Diktatur abgelehnt, die Regierung als einzige maßgebende Instanz erklärt und ihre schönungste Legitimierung durch Befragen des Volkes im Interesse des Friedens verlangt.

Außerordentlich stark ist nach wie vor die Bewegung im Süddeutschland gegen den Berliner Radikalismus. Unverhüllt wird zur Absonderung aufgerufen. Als einzige Möglichkeit, die deutsche Einheit zu bewahren, wird die Lösung ausgegeben: „Rettet Deutschland vor Berlin!“ Von dem Lippischen Volks- und Soldatenrat wurde die Reichsregierung gestern telegraphisch aufgefordert, die Nationalversammlung so schnell wie möglich einzuberufen. „Solange die Bundesstaaten als solche bestehen und die Nationalversammlung nichts anderes bestimmt, wird ihre Mitwirkung bei wichtigen Fragen der Reichsregierung für notwendig erklärt und gegen ihre Ausschaltung auf diesem Gebiete unbedingt Verbotung eingelegt.“

Die Reichsregierung verachtet sich nicht der Gefahr, die der Reichseinheit und auch dem Friedensschluß durch die Spartakusleute droht. Staatssekretär Scheibemann teilt im „Vorwärts“ mit:

Es sollen in Straßburg am Sonnabend Besprechungen mit der obersten Heeresleitung der Franzosen stattgefunden haben, deren Gegenstand die Schaffung einer Republik der süddeutschen Staaten und des Rheinlandes gewesen ist. Die Gründung soll beschleunigt werden, falls nicht schnellstens die Sicherheit der gegenwärtigen Regierung gewährleistet werden könne.

Die Unsicherheit der Regierung folgerte man aus der ungenügenden Tätigkeit der Spartakus-Gruppe, die durch ihre Presse, durch Flugblätter und Reden besonders die Soldaten für den Bolschewismus mobil zu machen bestrbt sei.

Daß die Agitation der Spartakusleute mit allen Mitteln betrieben wird, zeigt nicht nur ihre rege Versammlungstätigkeit unter den Soldaten, sondern auch die Herausgabe einer eigenen Zeitung, des „Roten Soldaten“, die dreimal wöchentlich erscheint.

Das Feldheer für die Regierung.

In die Arbeiter- und Soldatenräte der Heimat erläßt der Vollzugsrat des Soldatenrates bei der Obersten Heeresleitung einen Aufruf in dem es heißt:

Nach heftigen Kämpfen kehren unsere tapferen Brüder in die Heimat zurück, nicht als Sieger, aber auch nicht als Besiegene. Jahrelang haben sie einer furchtbaren Uebermacht Widerstand geleistet und unvergleichliches vollbracht. Der Willkommen in der Heimat soll daher nicht weniger herzlich sein! Seid unseren Kameraden, daß das neue Vaterland ihre Taten zu würdigen und ihre großen Verdienste zu achten weiß. Dann aber muß man überall bemerkt sein, die heimkehrenden Kämpfer nicht durch nicht böse gemeinte aber immerhin als kränkend empfundene Maßnahmen im Sicherheitsdienst zu beschneiden. Den verpfändeten Kameraden sind nach wie vor nur Waffen und Munition abzunehmen, geschlossenen Gruppenverbänden aber sind die Waffen unter allen Umständen zu belassen. Alle etwa hieran geknüpften Befürchtungen entbehren jeglicher Berechtigung, denn wir wissen aus Verhandlungen mit den Vertretern von Soldatenräten des Feldheeres, daß die Fronttruppen uneingeschränkt auf dem Boden der aus unserer staatl. Umwälzung hervorgegangenen Regierung Ebert-Haase stehen. Mit den Arbeitsbrüdern in der Heimat will auch das Feldheer die Demokratisierung und Sozialisierung unseres Landes. Deshalb erhebt es aber auf das schärfste Einspruch gegen alle Bestrebungen, die dahin führen, das Zustandekommen der von der jetzigen Regierung geplanten Nationalversammlung zu hintertreiben. Die Feldtruppen wollen über den weiteren Ausbau des Reiches mitentscheiden! Das Feldheer will den Frieden und den geordneten Aufbau des neuen Reiches und lehnt den Gedanken ab, den Sieg über die bisherigen Diktatoren zur Erreichung einer neuen Diktatur zu mißbrauchen, weil diese den ersehnten Friede vorbereiten und das deutsche Volk dem Hungerstod preisgeben könnte.

Ein weiterer Aufruf des Vollzugsrates wendet sich an alle Soldatenräte des Feldheeres und weist auf die durch den polnischen Imperialismus drohenden Gefahren hin. „Unser aller Rechtsempfinden empört sich gegen den Gedanken, daß unter Mißachtung der Wilsonschen Friedensgrundsätze kerndeutsche Brüder und Landesteile gewaltsam abgetrennt und einer polnischen Fremdherrschaft unterstellt werden sollen.“ Der Aufruf schließt mit der Warnung vor Zwietracht und Auflösung: „Einig und geschlossen müssen wir uns um unsere vom Vertrauen des werktätigen Volkes getragene Reichsregierung scharen. Nur dann wird sie das Maß an Einfluß erlangen, um einen Bürgerfrieden aufzubauen, der das deutsche Volk schützt vor nationaler Bereicherung und auch ihm das Recht auf Selbstbestimmung sichert.“

Der soziale Staat.

Von
Georg Bernbard.

In den Versammlungen der radikalsten Sozialdemokraten spielt augenblicklich die Phrase eine Rolle: „Das Bürgertum will die Arbeiter um die Früchte der sozialen Revolution betrogen.“ Das Mittel zu diesem Betrug soll angeblich die Nationalversammlung sein. Daher das Mißtrauen, das vielfach gegen das immer lauter werdende Begehren nach der Nationalversammlung in manchen sozialistischen Kreisen verbreitet ist.

Die Gewohnheit des deutschen Bürgers, sich zu ducken, ist durch die Revolution nicht ausgerottet worden. Manche meinen bereits, gerade die Bürger dürften nicht so laut rufen, um kein öffentliches Vergernis zu erregen. Das ist die alte Methode, an der Deutschland zu Grunde gegangen ist. Die Methode: Taktik statt Politik zu treiben. Die Methode, recht leise aufzutreten, um der Regierung keine Schwierigkeiten zu machen. Eine Taktik, mit der bisher noch stets bewirkt wurde, daß die Regierungen jede Unterlassungsünde damit entschuldigen konnten: es sei ja gar nichts von ihr verlangt worden.

Diese Methode wäre jetzt schon beschaffen verfehlt, weil selbst bei völligem Schweigen des Bürgerturns die Agitation des Spartakusbundes gegen die Zusammenberufung einer gesetzgebenden Versammlung nicht aus den Wege geräumt werden würde. Denn sie beruht gar nicht auf dem Gegensatz zwischen Bürgerturn und Sozialdemokratie, sondern auf dem Gegensatz, der den Spartakusbund von beiden sozialdemokratischen Parteien trennt: die sozialdemokratischen Parteien wollen Demokratie, die Spartakusleute aber Diktatur.

Außerdem ist die in der Agitation angewandte Trennung zwischen Arbeitern und Bürgern demagogische Konstruktion. Sie knüpft an Ausdrucksformen an, die als Ergebnis der Marx'schen Lehre innerhalb der sozialdemokratischen geschulten Arbeiterschaft eine ganz bestimmte Bedeutung haben. Bei Marx ist „Bourgeois“ der Besitzer der gesellschaftlichen Produktionsmittel, der seinen Profit aus dem Mehrwert der Arbeit des Arbeiters zieht. Und Arbeiter (oder richtiger Proletarier) ist nach seiner Lehre, wer am fremden Produktionsinstrument arbeitet und daher nicht den vollen Ertrag seiner Arbeit als Entlohnung bekommt. Die „Bürger“, die nach der Nationalversammlung rufen, sind aber doch nicht durchweg „Bourgeois“ im Sinne der Marx'schen Phrasologie, sondern es sind alle diejenigen Staatsbürger (citoyens), die sich nicht zur sozialdemokratischen Weltanschauung bekennen. Es sind auch Groß- und Klein-Unternehmer, aber es sind in der Hauptsache Angestellte, Arbeiter, Beamte, Lehrer, Gelehrte, Ärzte und Advokaten. Zum überwiegenden Teil also Leute, die sowohl hinsichtlich ihrer Stellung zum Produktionsinstrument als ihrer ganzen Klassenlage nach zum Proletariat gehören.

Sie alle verlangen, gemeinsam mit den sozialdemokratischen Arbeitern, Demokratie. Aber sie verlangen auch soziale Demokratie. Und in diesem bringenden Bedürfnis aller zu den bürgerlichen Parteien gehörigen Arbeiter- und Angestelltengruppen nach den Segnungen des sozialen Staats liegt selbst für den ängstlichsten Sozialdemokraten die Gewähr, daß nicht bloß die politisch-freihöllischen Errungenschaften der Revolution in der Nationalversammlung gewahrt bleiben, sondern daß dort auch die sozialen Früchte der Revolution gepflückt werden.

Damit muß sich aber auch der Teil des Bürgerturns vertraut machen, der zur Unternehmerklasse gehört. Die ungebundene Freiheit der Wirtschaftsweise vor dem Krieg lehnt nimmermehr zurück. Sie wäre auch ohne Revolution nie zurückgekehrt. Man denkt heute nur noch mit einem wehmütigen Lächeln an das Wort: „Der beste Übergangskommissar wird derjenige sein, der sich möglichst schnell überflüssig macht.“ Als es gesprochen wurde, da sah man allgemein noch die Übergangszeit als einen kürzeren Übergang zu den Verhältnissen von vor dem Kriege an. Seit dem Sommer 1918 weiß man, daß das alles ein schöner Traum war, daß jede Ueber-

gewirtschaftet dem Übergang zu anderen Wirtschaftsformen dienen müßte.

Wenn der Krieg in diesen Tagen ohne Revolution mit dem alten Kaisertum zu Ende gegangen wäre, selbst nur als Kampfpartei, dann würde sich in den Mittelpunkt alles wirtschaftlichen Geschehens die nackte Tatsache gedrängt haben, daß jährlich 18 000 Millionen, sprich 18 Milliarden Mark mehr von den Steuerzahlern des Deutschen Reiches hätten aufgebracht werden müssen. Keine Vermögensabgabe, keine noch so hohe Einkommensteuer, keine noch so hohe Erbschaftsteuer würde allein genügt haben, diese Last zu tragen. Der Rahmen des alten Verbrauchsteuersystems wäre gesprengt worden. Eine weit ausgreifende Monopolwirtschaft war unvermeidbar: Kohlenmonopol, Zündholzmonopol, Tabakmonopol, Spiritusmonopol, Stickstoffmonopol und Monopolisierung der Großherstellung von Elektrizität würde das mindeste gewesen sein. Ob man für solche Wandlung statt des gewohnten Fremdwortes „Monopolisieren“ das neuere Fremdwort „Nationalisieren“ oder die guten deutschen Worte „Verstaatlichen“ und „Vergesellschaften“ setzt, scheint wirklich gleichgültig.

Diese Monopole aber hätten im deutschen Kaisertum nach 1918 noch durch hohe direkte Steuern ergänzt werden müssen. Die alten Formen der Einschätzung und Erhebung dieser Steuern waren ohnehin früher schon sehr wenig brauchbar. Alle neuen Formen wären im wesentlichen darauf hinausgelaufen, daß der Staat am Ertrag jedes Unternehmens mehr oder weniger beteiligt war. Solche Beteiligungen haben Kontrollrechte zur Voraussetzung. Der Staat hätte also in jedem Betrieb mindestens einen Finger gehabt. Mithin wäre neben die Staatswirtschaft fast überall noch die Staatseinkommensmischung getreten. Alles in allem also eine recht lau temperierte Wirtschaftsfreiheit.

Einkommensteuern ohne Besteuerung auch der kleinen Einkommen haben immer wenig Ertrag gegeben. Der kleine Mann, der Angestellte, der Arbeiter, würde also genau wie die Reichen erheblich mit direkten, aber natürlich auch mit indirekten Abgaben belastet worden sein. Diese hohe Belastung hätte entweder später zu starken revolutionären Bewegungen geführt, oder durch weitgehende sozialpolitische Zugeständnisse weitgemacht werden müssen. Die alte Sozialpolitik war sehr losplüßig. Woher hätte man wohl angesichts der Riesenschulden das Geld zu weiteren Arbeiterlöhnen und zur Erhöhung der Renten nehmen sollen? Die Sozialpolitik der Nachkriegszeit würde sich in ganz anderen Bahnen bewegt haben: Anerkennung der Organisationen der Arbeiter und der Angestellten, Mitwirkung der Organisationen und der Betriebsausschüsse bei Lohnfestsetzungen und Regelung des gesamten Angestelltenverhältnisses wären die Forderungen des Tages geworden, die unter allen Umständen bewilligt werden mußten. Nur einer, der sehr optimistisch veranlagt war, hätte solchen Zustand noch als freie Wirtschaft bezeichnen können. Es wäre in Wirklichkeit organisierte Gemeinwirtschaft gewesen. Tatsächlich also der soziale Staat. Nur daß man sich geschaut hätte, das Kind beim rechten Namen zu nennen.

Was nun jetzt von werden soll, wird — wenigstens für den Anfang — gar nicht viel anders aussehen. Nur soll man den Mut haben, dieser Wirklichkeit klar ins Auge zu blicken und sie richtig zu bezeichnen. Der richtige Name ist: Sozialismus. Die Unternehmer sollten sich mit diesem Zustand nicht nur wohl oder übel abfinden, sondern sollten sich auch gedanklich und gefühlsmäßig auf ihn einstellen. Diese Sozialisierung fordern nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die zu den bürgerlichen Parteien gehörenden Arbeiter und Angestellten. Deshalb wird auch der Sozialisierungsprozeß fortgeschritten. Die Frage der Gütererzeugung wird in Zukunft nicht mehr allein vom Standpunkt des privaten Profitinteresses, sondern unter dem Winkel der allgemeinen Wirtschaftsverhältnisse betrachtet werden müssen.

Auch das wäre im alten Staatswesen durch die Höhe der Schuldenlast zwangswise nötig gewesen. Das große Problem nach jedem Kriegsschluß war immer das Problem der Produktivität. Und nach diesem Krieg erst recht. Nur durch gesteigerte Gütererzeugung konnte heute der Zinsendienst beglichen und die aus dem Ausland gebrachte Ware bezahlt werden. Dieses Gesetz der Produktivität ist aber nicht nur Zwang gegen, sondern auch Schutz für den Unternehmer. Denn es wird in der Zukunft die Grenzen und die Formen der Sozialisierung bestimmen. Dieses Gesetz wird vor allem selbst die radikalsten Sozialisten zwingen, zwischen Besitz und Betrieb zu unterscheiden. Man kann den Besitz am Produktionsinstrument sozialisieren, man kann gewisse Erträge des Betriebes nationalisieren, aber man kann niemals den Betrieb selbst nationalisieren, ohne dadurch den Ertrag und die Produktivität zu schmälern. Und im sozialen Staat soll doch die Produktivität in vollem Umfang, der Ertrag zu einem wesentlichen Teil der Allgemeinheit zugute kommen. An beiden haben deshalb Staat und Gesellschaft ein hohes Interesse.

Der jetzt das Problem des Wann, Wie und Wo der Sozialisierung ein, das in einem nächsten Aufsatz behandelt werden soll.

Der Vollzugsrat und die Geistesarbeiter.

Der Vollzugsrat tagte gestern im Ministeraal des preussischen Abgeordnetenhauses. Ein Delegierter Bayerns und zwei Delegierte Badens wohnten der Sitzung als Stimmberechtigte bei. Zur Entscheidung stand zunächst die von den Arbeiter- und Soldatenräten im Zirkus Busch erörterte Frage, ob die Räte sich ausschließlich aus Handarbeitern zusammensetzen sollen oder ob auch die Vertreter intellektueller Kreise zugelassen sind. Aussprache und Abstimmung ergaben volle Übereinstimmung, daß sämtliche Vertreter des werktätigen Volkes, also auch die geistigen Arbeiter, aufgenommen werden sollen, sofern sie sich in den allgemeinen Rahmen der Arbeiterräte einfügen.

Von einem Mitglied des Vollzugsrates wurden Richtlinien über die Tätigkeit und die Befugnisse der Arbeiter- und Soldatenräte vorgelegt. Im Vordergrund standen Ernährungs- und Demobilisierungsfragen. Die Abstimmung ergab einstimmige Annahme der Richtlinien, die der Presse zugehen.

Der Heimmarsch unserer Westarmeen.

Drahtmeldung unseres Sonderberichterstatters

* Mainz, 24. November.

Bei 2314 überquert jetzt die 18. Armee den Fluß, bei Mainz die Spitze der 5. Armee unter Befehl des Generals o. d. Marwitz. In Frankfurt a. M. passierten gestern etwa 40 000 Mann die Verpflegungsstellen. Der Rückmarsch der Armeen klappte bisher ausgezeichnet. Immerhin kommt es an den Rheinübergängen zu starken Stauungen, weil noch ein riesiges Material abgeborsten werden soll. Die Orte im ganzen Rheingebiet tragen reichen Flaggenschmuck „zum Teil schwarz-weiß-rot. Besonders schön geschmückt ist Kaelserode.

In Frankfurt a. M. ist die Lage insofern etwas kritisch, als kein Westteil in die Brückentopfszone fällt. Die Versorgung des Hauptteils der Stadt ist deshalb eine schwierige Frage. Auch ist es nicht ausgeschlossen, daß bei der unfreundlichen Haltung der Franzosen die Befehung von ganz Frankfurt verlangt wird. Es herrscht deshalb in der Stadt erhebliche Aufregung, und schon gehen Gerüchte um, der Brückentopf solle durch schwarze Truppen besetzt werden.

Aus Krefeld wird gemeldet, daß dort die 4. Armee im Anmarsch sei. Die Stadt ist festlich geschmückt. Leider sind an manchen Stellen die Straßen mit Wagen gesperrt, die infolge der Last zusammengebrochen sind, man sieht auch viele verendete Tiere. Da ein Gerücht wissen wollte, die 4. Armee bezelte einen Putschversuch vor, so verlangte der Krefelder Arbeiter- und Soldatenrat die Abdankung, welchem Verlangen sich aber die Abordnung der Armeen widersetzte. Schließlich klärte sich das Mißverständnis auf. Die Abordnung verwahrte sich ausdrücklich gegen jedes Diktaturregime.

Der Arbeiter- und Soldatenrat von Krefeld und der Arbeiter- und Soldatenrat der 4. Armee im Namen von 500 000 Frontsoldaten beschlossen, die Regierung des Reichslänglers Ebert in jeder Weise zu unterstützen, sie forderten einstimmig die sofortige Einberufung der Nationalversammlung; die Front wird sich niemals der Diktatur einer Minderheit unterwerfen. Der Soldatenrat der 4. Armee protestiert gegen die von der Spartakusgruppe beabsichtigte Errichtung des Frontsoldatenrats in Berlin. Die in Berlin anwesenden Soldaten vertreten nicht die Front.

In 2314 durchziehen von morgens bis abends große Truppenmassen, umfahet von der Bürgerwehr, die Straßen nach Osten. Der Durchmarsch wird bis zum 4. Dezember dauern. Täglich passieren 80 000 Mann die Stadt.

Die feindliche Okkupation.

Frankreichische Besatzungstruppen haben vorgestern Saarlouis nebst Nachbarorten auf dem linken Saarufer, gestern nachmittags Saarbrücken besetzt. Die telephonische Verbindung mit diesen Städten ist seit gestern unterbrochen.

Nach einer Neutermeldung aus Washington gab General March bekannt, Koblenz sei als Ziel des amerikanischen Bomarsches festgelegt.

* Regensburg, 23. November.

Am Donnerstag gegen die Amerikaner unter Glodensoldats und großen Freudenkundungen des Volkes in Regensburg ein, wo sie als Freunde und Befreier empfangen wurden.

Englische Kontrolle über Kiel und Wilhelmshaven?

Drahtmeldung.

London, 24. November.

Die „Sunday Times“ schreibt: In Martineffen erzählt man, Schiffe der englischen Hochseeflotte und eine Fernflottenflotte würden im Laufe der Woche nach Kiel und Wilhelmshaven kommen, um sich zu vergewissern, daß die Abrüstung der deutschen Schiffe auf die vereinbarte Weise vor sich geht. Admiral Browning solle das Kommando haben und von ihm seien französische, italienische und amerikanische Admirale begleitet sein. Admiral Beatty solle von den Deutschen ein anderes Schlachtschiff und einen anderen Zerstörer verlangt haben, damit die von den Waffenstillstandsbedingungen festgesetzte Zahl erreicht werde.

Unter Otheer in Gefahr.

Eine Abordnung des Soldatenrats der 10. Armee ist in Berlin erschienen und hat der Regierung erklärt: Im Osten stehen etwa noch eine halbe Million deutscher Soldaten, die in Schnee und Eis, in Schlamme und Schmutz weite Strecken marschieren müssen, um einen der wenigen Eisenbahnnotenpunkte zu erreichen, die an das mitteleuropäische Bahnnetz Anschluß haben. Gleichzeitig aber haufen sich dort die Riesentransporte russischer Kriegsgefangener, die heimkehren wollen, die aber weder Transportmittel, noch Lebensmittel, seltener auch Unterkünfte finden. Schon jetzt ist es zu Versuchen der Plünderung von Proviantlagern gekommen. Es ist unmöglich, noch mehr russische Kriegsgefangene heimzubefördern, als es die Transportmittel erlauben. Es darf deshalb kein Wagemann jetzt seinen Posten verlassen, darf keinen Russen entweichen lassen, und den russischen Kriegsgefangenen muß unbedingt Nahrungsmittel werden, daß es die Heimat des Grabes sein wird, die ihrer wartet, wenn sie sich nicht gedulden können, bis der Weg für sie frei ist.

Die Entlassungen aus dem Heer.

Der Kriegsminister (gez. Reinhardt, Götze) macht bekannt:

1. Vom 1. Dezember 1918 ab sind aus dem Heimatheer zu entlassen: Offiziere des Beurlaubtenstandes, Unteroffiziere und Mannschaften der Jahrgänge 1880 bis einschließlich 1883. Zur Aufrechterhaltung des notwendigen Ordnung-, Arbeits- und Beobachtungsdienstes können Mannschaften bis längstens 15. Dezember zurückgehalten werden, dann müssen sie durch jüngere ersetzt sein, die auch aus den aufzukommenden mobilen Formationen frei werden.

2. Das Eintreffen einzelner mobiler Formationen in der Heimat hat begonnen. Alles muß getan werden, um diesen nach langer, schwerster Kriegszeit ins Vaterland zurückkehrenden Männern einen herzlichen Empfang zu bieten, nicht nur der Gesamtheit in

Heimlicher Art, sondern auch jedem Einzelnen gegenüber im einfachsten kameradschaftlichen Geiste. Vergessen wir nicht, was sie für die Heimat getan haben!

Soweit die in der Heimat eingetroffenen mobilen Formationen nicht zum Grenzschutz oder Ordnungsdienst bestimmt sind, werden sie gemäß Erlass vom 19. 11. 18 D. Nr. 5252 18. d. M. sofort aufgelöst oder in den Friedensformationen zurückgeführt und alle Jahrgänge bis auf die Jahrgänge 1888—89 ordnungsgemäß entlassen. Die letzteren Jahrgänge sind in die Ersatzgruppen der Friedensformationen oder in diese selbst zu überführen, um dort ältere Jahrgänge zur Entlassung freizumachen.

Einzelheiten regeln die Stellvertretenden Generalkommandos.

Nordwestdeutschland gegen den Bolshewismus.

Drahtmeldungen der „Vossischen Zeitung“.

* Bremen, 24. November.

Bremen steht heute im Zeichen einer Tagung der Arbeiter, Soldaten- und Bauernräte Nordwestdeutschlands. Die Beschlüsse, die hier gefaßt wurden, werden für die Entwicklung der Revolution insofern von größter Bedeutung sein, als die Räteorte, in denen die Bewegung begann, sich allmählich von der radikalen Richtung zu einer gemäßigeren Auffassung gewandelt haben. Vertreten waren außer Bremen, Hannover, Hamburg, Oldenburg, Flensburg, Osnabrück, Wilhelmshaven eine große Zahl kleinerer Orte der Provinz Hannover und Schleswig-Holsteins. Der Bolshewist Henke gab sich verzeihliche Mühe, eine Epochenbedeutung für die „Weltrevolution“ und die „Diktatur des Proletariats“ herbeizuführen. Sechs Stunden dauerte der Redelampf. Schließlich wurde mit überwältigender Mehrheit — 81 gegen 20 Stimmen — der Antrag des Soldatenrats Bremen angenommen, der betont, daß die Arbeiter-, Soldaten- und Bauernräte Nordwestdeutschlands hinter der heutigen Reichsregierung stehen und die Nationalversammlung fordern.

Noch überwältigender war die Niederlage des Radikalismus am Sonnabend auf der Tagung der Arbeiter- und Soldatenräte aus dem Bereich des 10. Armee Korps in Hannover. Mit 140 gegen 4 Stimmen wurde eine Resolution Danksohn angenommen, die alle Diktaturbestrebungen als schwere Gefahr für die nationalen wie auch die internationalen Hoffnungen und Pläne der Arbeiter- und Soldatenräte bezeichnet und erklärt, jede blinde und rohe Machtpolitik müsse über kurz oder lang zusammenbrechen, „genau wie die Macht der Hohenzollern“. Alle Schichten des Volkes sollen mitberaten und mitbestimmen. Deshalb schnellste Berufung der Nationalversammlung!

* Dresden, 24. November.

Bei den Arbeiterratswahlen in Dresden am Sonntag erhielt die Liste der alten Sozialdemokratie 56 400 Stimmen, die der Unabhängigen 4300.

Der Bergarbeiterstreik in Oberschlesien.

Drahtmeldung der „Vossischen Zeitung“.

* Breslau, 24. November.

Der ober-schlesische Bergarbeiterstreik hat sich nach neueren Meldungen auf das gesamte ober-schlesische Kohle- und Braunkohlegebiet ausgedehnt. Benannt werden die Feinheute, die Hohenzollerngrube, die Castellengrube, die Radzionko-Grube, die Standa-Grube, die Gassen-Grube, die Ludwig-Grube, die Hedwig-Grube, die Abwehrgrube, die Neue Viktorgrube, die Emma-Grube, die Filshengrube, die Admergrube und die Preußengrube. Zurzeit streiken besonders das Beuthener und das Hindenburgrevier, vor allem die feinsten Gruben ferner auch ein Teil des Rybnitzer Reviers.

Ein Polenheer in Polen.

Die polnischen Soldaten aus Preußen, deren Zahl in Warschau auf 5000 und in ganz Kongresspolen auf 10 000 geschätzt wird, haben nach den „Pol.-Parlam. Nachrichten“ eine polnische Division gebildet. In Ostrowa hat sich ein polnischer Druppelkörper von über 1000 Mann unter dem Namen „Erstes polnisches Infanterieregiment“ gebildet und die deutschen Kasernen bezogen. Kommandant ist der Legionsoffizier Modzelewski. In einem Aufruf der Kommissare des Obersten polnischen Volkswortes werden die polnischen Soldaten, die von der Westfront kommen, gebeten, sich auf dem Heimwege nirgends aufzuhalten, sondern sofort in die polnischen Volkswahren in den preussischen polnischen Landesteilen einzutreten.

Die Gesamtorganisation der Marine. Die neugebildete Gesamtorganisation der Marine, die aus 53 Vertretern aller Marineformationen besteht und auf demokratischer Grundlage gewählt worden ist, trat am Sonnabend im Reichs-Marine-Amt Berlin zu einer ersten Vollversammlung zusammen. Es wurde ein Ausschuss von 5 Mitgliedern gebildet, der die Bezeichnung „Zentralrat der Marine“ führt. Dieser Zentralrat setzt sich aus folgenden 5 Mitgliedern zusammen: 1. Kam. Loß, 2. Kam. Nirdhoffer, 3. Kam. Reich, 4. Kam. Wengora, 5. Kam. Walbau.

Vollversammlung der Berliner Soldatenräte. Das Büro der Soldatenräte Groß-Berlins beruft eine Vollversammlung für Donnerstag, den 23. d. M., nachm. 4 Uhr im großen Sitzungssaal des Reichstages ein. Auf der Tagesordnung steht u. a. die Frage der Nationalversammlung.

Das preussische Kultusministerium hat bei der Reichsregierung die Einberufung einer Schulkonferenz angetragen, die die gründliche Erneuerung des deutschen öffentlichen Schul- und Erziehungswesens vorbereiten soll. Der Volksschullehrer Menzel in Dahlem ist in das neue Ministerium berufen worden.

Die Zentral-Einkaufsgesellschaft scheidet aus dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamtes aus und wird dem Staatssekretär des Reichsernährungsamtes unterstellt.

Der neuernannte deutsch-österreichische Gesandte für Berlin, Dr. Ludo Hartmann, ist am Sonntag nach Berlin abgereist.

Die amerikanische Kriegsblitz. Nach Meldungen aus Washington teilte General March mit, daß die Verluste des amerikanischen Truppen bis zur Unterzeichnung des Waffenstillstandes betrugen: An Toten 52 169 Mann, an Verwundeten 179 525 Mann, an Gefangenen und Vermissten 3328 Mann. Die Amerikaner nahmen 44 000 Deutsche gefangen und erbeuteten 1400 Geschütze.

Lerchenfelds Berichte.

Bayerische Revolutionsveröffentlichungen über den Kriegsausbruch.

Der bayerische Ministerpräsident Prinz Luitpold beginnt — nach dem Beispiel der russischen Revolution — mit der Veröffentlichung von Dekretentwürfen. Die erste vom Reichstag über den Kriegsausbruch ist dem Reichstag am 18. Juli 1914 vorgelegt worden.

Auf Grund von Rücksprachen, die ich mit Unterstaatssekretär Zimmermann, ferner mit den Balkan- und Ostbalkan-Referenten im Auswärtigen Amt und mit dem österreichisch-ungarischen Botschaftsrat dahier hatte, beehre ich mich zu berichten: Der Schritt, den das Wiener Kabinett sich entschlossen hat, in Belgien zu unternehmen und der in der Ueberreichung einer Note besteht, wird am 28. d. M. erfolgen. Die Hinausschiebung der Aktion bis zu diesem Zeitpunkt hat ihren Grund darin, daß man die Abreise der Herren Poincaré und Viviani von Petersburg abwarten möchte, um den Zweibündnismächten eine Verständigung über eine Gegenaktion zu ermöglichen. Bis dahin gibt man sich in Wien durch die gleichzeitige Verurteilung des Krieges durch den Kaiser und des Chefs des Generalstabes den Anschein friedlicher Gesinnung, und auch auf die Presse und die Börse ist nicht ohne Erfolg eingewirkt worden. Daß das Wiener Kabinett in dieser Beziehung geschickt vorging, wird hier anerkannt, und man bedauert nur, daß Graf Tizian, der anfangs gegen ein solches Vorgehen gewesen sein soll, durch seine Erklärung im Abgeordnetenhaus den Schleier etwas gelüftet hat. Wie mir Herr Zimmermann sagte, wird die Note, soweit bis jetzt feststeht, folgende Forderungen enthalten:

- 1. Einen Erlaß einer Proklamation durch den König von Serbien, in der ausgesprochen würde, daß die serbische Regierung der großserbischen Bewegung vollständig fernstehe und sie nicht billige; 2. die Einleitung einer Untersuchung gegen die Mörderin der Moritza von Sarajewo und Teilnahme eines österreichischen Beamten an dieser Untersuchung; 3. Einschreiten gegen alle, die an der großserbischen Bewegung beteiligt waren.

Für die Annahme dieser Forderungen soll eine Frist von 24 Stunden gestellt werden. Daß Serbien derartige, mit seiner Würde als unabhängiger Staat unverträgliche Forderungen nicht annehmen kann, liegt auf der Hand. Die Folge wäre also der Krieg. Hier ist man durchaus einverstanden, daß Österreich die glückliche Stunde nicht selbst auf die Gefahr weiterer Verwicklungen hin. Ob man aber wirklich in Wien sich dazu aufraffen wird, erscheint Herrn v. Jagow wie Herrn Zimmermann noch immer zweifelhaft. Der Unterstaatssekretär äußerte sich dahin, daß Österreich-Ungarn dank seiner Entschlossenheit und Beharrlichkeit seitdem einleuchtend der beste Mann in Europa geworden sei, wie früher die Türkei, auf dessen Unterstützung Italien, Rumänien, Serbien und Montenegro warten. Ein starkes und entschlossenes Einschreiten gegen Serbien würde dazu führen, daß die Österreicher und Ungarn sich wieder als staatliche Macht fühlen, würde das darniederliegende Wirtschaftsleben wieder aufrichten und die fremden Aspirationen auf Jahre hinaus wiederhalten. Bei der Umbrüstung, die heute in der ganzen Monarchie über die Luft herrscht, könne man wohl auch der serbischen Truppen sicher sein. In einigen Jahren sei dies bei der Fortentwicklung der serbischen Armee, wie General Conrad von Hörsdörff selbst zugab, nicht mehr der Fall.

Man ist also hier der Ansicht, daß es sich für Österreich um eine Schlüsselsunde handle, und aus diesem Grunde hat man hier auf eine Anfrage aus Wien ohne Zögern erklärt, daß wie mit jedem Vorgehen, zu dem man sich dort entschließen, einverstanden sei, auch auf die Gefahr eines Krieges mit Rußland hin. Die Planlosigkeit, die man dem Kabinett bei der großen Verwirrung, dem Grafen Bogos, gab, hat bei Uebernahme eines überhöhten Handelsvertrages und eines ausserordentlichen Memorials Herberichs gewonnen war, ging so weit, daß die österreichisch-ungarische Regierung ermächtigt wurde, mit Bulgarien wegen Aufnahme in den Dreibund zu verhandeln.

In Wien scheint man ein so unbedingtes Eintreten Deutschlands für die Donaumonarchie nicht erwartet zu haben, und Herr Zimmermann hat den Eindruck, als ob es den immer unruhigen und unentschiedenen Stellen Wiens fast unangenehm wäre, daß von deutscher Seite nicht zur Verhütung der Jurisdiction gemahnt worden sei. Wie sehr man in Wien mit seinen Entschlüssen schwankte, beweist der Umstand, daß Graf Berchtold drei Tage, nachdem er hier wegen eines Bündnisses mit Bulgarien hätte anfragen lassen, telegraphiert habe, daß er doch noch Bedenken trage, mit Bulgarien abzuschließen. Man hätte es daher lieber gesehen, wenn mit der Aktion gegen Serbien nicht so lange gewartet würde, und der serbischen Regierung nicht Zeit gelassen würde, etwa unter russisch-französischem Druck von sich aus eine Gegenangabe anzubieten.

Es wird dann in diesem Bericht des Grafen Lerchenfeld an den Grafen Hertling weiter über die diplomatische Aktion Deutschlands geplaudert. Die Reichsleitung werde mit dem Hinweis darauf, daß der Kaiser sich auf der Nordbalkanbrücke und der Ober der Großen Generalstabes sowie der preussische Kriegsminister in Urlaub seien, behaupten, durch die Aktion Österreichs genau so überaus zu sein wie die anderen Mächte. Weiterhin werden über das vermutliche Verhalten der Mächte allerlei Betrachtungen angestellt. Es heißt da:

Herr Zimmermann nimmt an, daß sowohl England wie Frankreich, denen ein Erfolg zur Zeit kaum ersichtlich wäre, auf Rußland in feindlichem Sinne einwirken werden. Außerdem heute er darauf, daß das „Bluffen“ eines der besten Liebesregeln Requiriten der russischen Politik bilde und der Russe zwar gerne mit dem Schwerte drohe, es aber im entscheidenden Moment doch nicht gern für andere sehe.

Ueber England wird gesagt, daß der Krieg zwischen dem Zweibund und dem Dreibund England in jehiger Zeit schon mit Rücksicht auf die Lage in Irland wenig willkommen sei. Rame es freilich zum Kriege, so sei es die Auffassung in Berlin, die englischen Vetteren würden wir auf der Seite unserer Gegner finden, da England befürchte, daß es vielleicht im Falle einer Niederlage auf die Stufe einer Macht zweiten Ranges herabsinken und damit das europäische Gleichgewicht gestört würde. Nicht uninteressant ist es, daß in diesem Bericht auf eine ganz vertrauliche Mitteilung hingewiesen wird, wonach der deutsche Botschaftsrat Prinz Stolberg in Wien schon vor einigen Tagen bei Österreich die Frage der Entscheidung Italiens durch Abtretung des südlichen Trentinos erörtert habe. (Also schon damals.)

In einem Telephonat der Berliner bayerischen Gesandtschaft vom 21. Juli 1914 früh wird die Ueberzeugung ausgesprochen, daß die vollkommen redlichen Vermittlungen Orens, für die Erhaltung des Friedens zu wirken, den Gang der Dinge nicht aufhalten werden. Am gleichen Tage wurde nach München von der bayerischen Gesandtschaft das folgende Stimmasbild telegraphiert:

Es laufen derzeit zwei Ultimata: Petersburg 12 Stunden, Paris 18 Stunden. Petersburgs Anfrage nach Grund der Mobilisierung, Paris Anfrage ob neutral bleibe. Beide werden selbstverständlich abschneidend beantwortet werden. Mobilisierung spätestens Samstag, den 1. August um Mitternacht. Preussischer Generalstab steht Krieg mit Frankreich mit großer Zuversicht entgegen. Rechnet damit, Frankreich in vier Wochen niederwerfen zu können. In französischem Heer kein guter Geist. Wenig Selbstvertrauen und schlechteres Gewehr.

In einem Bericht vom 4. August 1914, aus dem übrigens hervorgeht, daß die Türkei sich schon damals verpflichtet hatte, sich

Deutschland anzuschließen und zu unterstützen, wird über Belgien gesagt: Die Neutralität Belgiens kann Deutschland nicht respektieren. Der Generalstab hat erklärt, daß selbst die englische Neutralität um den Preis einer Respektierung Belgiens zu teuer erkauft wäre, da der Angriffskrieg gegen Frankreich nur auf der Linie Belgien möglich.

Die Vorgeschichte der Revolution.

Zur Vorgeschichte der Revolution sprach gestern Abend Lebedur zu einer von den Unabhängigen einberufenen überfüllten Versammlung in den „Prachtzügen des Westens“ und gab interessante Einzelheiten über die Ereignisse zwischen dem 5. und 9. November. Am 5. wurde in seiner Partei über die Möglichkeit beraten, am andern Morgen mit einem bewaffneten Generalstreik in der Hauptstadt loszuschlagen. Am Freitag erfuhren wir, daß einige von uns, u. a. Däumig, auf dem Wege zum Reichstag verhaftet worden seien. Wir vermuteten daselbst von Lebknecht und Barth. Erst unter dem Eindruck dieser Verhaftungen beschloßen wir, schon am Sonntagabend morgen loszugehen. Während unserer Beratungen glaubte Barth seinerseits, daß wir inzwischen verhaftet wären und wirkte seinerseits im gleichen Sinne auf die Fabrike.

Wäre der Konflikt nach unserer Ansicht schon am 5. ausgebrochen, so wären manche schweren Mißverständnisse vermieden worden. Denn erst auf die Nachrichten von der Waterlante und aus Süddeutschland hin sah die andere sozialdemokratische Fraktion ein, daß es für sie höchste Zeit sei, den Anschluß zu erhalten. Erst Sonnabend morgen sind deshalb Scheidemann, Ebert und Braun an mich mit dem Ersuchen herangeraten, wenn der Putsch gelingen sollte, mit ihnen ein Kabinett zu bilden. Zuerst wollten wir nicht eintreten, aber als die Alternative so stand, daß entweder wir allein ein Kabinett bilden sollten, das sie unterstützten, oder umgekehrt, hat sich meine Partei dazu entschlossen.

Schon im Reichstag bewies ich, daß Scheidemann und Bauer den Plan erwogen haben, Rußland in Interessensphären zwischen England und Deutschland aufzustellen. Erzberger und Gröber haben diesen ungeheuerlichen Plan im letzten Kabinett abgelehnt, Scheidemann aber hat ihn bekräftigt. Auf meine öffentliche Anfrage an ihn habe ich bis heute keine Antwort bekommen. Trotzdem bin ich mit anderen in den Volkstag eingetreten, weil dieser einer parlamentarischen Körperschaft, die Regierung der sechs Männer dagegen ein Kabinett entspricht.

Zusammenbruch der akademischen Berufsstände.

In Berlin fand eine Sitzung des Reichsausschusses der akademischen Berufsstände statt, über dessen Vorarbeiten wiederholt berichtet wurde. Die Bestrebungen nach einem berufsständigen Zusammenschluß aller Akademiker Deutschlands richteten sich zu endgültigen Beschlüssen, die einstimmig angenommen wurden. Die Konstituierung des Reichsausschusses ist damit zur Tatsache geworden. Vor Beginn der Sitzung erklärten 22 Verbände mit rund 150 000 Mitgliedern, an der Spitze der Verband deutsch-evangelischer Pfarrerevangelisten (25 000 Mitglieder), ferner der Bund höherer Beamten, der Architektenverein Berlin, Paz, Verein katholischer Priester, Deutscher volkswirtschaftlicher Verband, Berliner Anwaltverein, Groß-Berliner Juristenbund, Verein deutscher Diplomat-Ingenieure, deutscher Apothekerverein, Wirtschaftlicher Verband deutscher Zahnärzte, Zahnärztliche Vereinigung u. a. ihren Beitritt als Mitglieder. Das bedeutet die Politisierung des Akademikerstandes und keine bloße Organisationsmaßnahme. Der Reichsausschuß will sich indessen jeder Klassenpolitik enthalten, andererseits aber jeder Vereinnahmung seiner Interessen und damit der Interessen des gesamten Akademikerstandes das Gewicht vollen Solidarität entgegensetzen.

Der größte Teil der höheren preussischen und Reichsbeamten hat sich am 2. Oktober zu dem „Bund höherer Beamter“ zusammengeschlossen. Er umfaßt bereits 25 000 Mitglieder und ist der „Interessengemeinschaft deutscher Beamtenverbände“ beigetreten. Die Geschäftsleitung hat Oberlehrer Kiele, Steglitz, Ortlipparzstraße 15.

Deutschnationale Volkspartei.

Die rechtsstehenden Blätter veröffentlichten einen Aufruf zur Bildung einer deutschnationalen Volkspartei, der von einer größeren Anzahl Abgeordneter der Rechtsparteien unterzeichnet ist. In dem Aufruf wird erklärt, man sei bereit, auf dem Boden jeder Staatsform mitzuarbeiten, in der Recht und Ordnung herrschen. Gefordert wird die Rückkehr von der Diktatur einer einzelnen Bevölkerungsklasse zu der nach dem letzten Ereignissen allein möglichen parlamentarischen Regierungsform, Freiheit der Person und des Gewissens, freie Meinungsäußerung, Freiheit der Wissenschaft, gleiches Wahlrecht, Schutz des Privateigentums, Abbau der Zwangswirtschaft, gesunde Bevölkerungs- und Siedlungspolitik, Ausbau der Sozialpolitik, Sicherung des Koalitionsrechts, Kriegsbeschädigtenfürsorge, Vereinfachung der Verwaltung, Steuerreform u. a. Der Geschäftsführende Ausschuß der Deutschnationalen Partei (Dr. Stöckmann und Graf Westarp) begrüßt dieses Programm und stellt die Unterstützung der konservativen Partei, die zurzeit bei der Unsicherheit der Lage ein eigenes endgültiges Parteiprogramm kaum festsetzen vermöge, in Aussicht.

Die deutsche demokratische Partei.

Die Fortschrittlichen Vereine Charlottenburgs erklärten gestern ihren Anschluß an die Deutsche Demokratische Partei, saßen aber zugleich folgenden Beschluß, der eine beachtenswerte Warnung vor den Gefahren neuer Zerspaltung bedeutet:

Die Versammlung ersucht den gesamten Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei, mit allen Kräften der Gefahr entgegenzutreten, daß die Einheit der Demokratie durch Bildung einer zweiten solchen nicht gefährdet wird, die die gleichen Ziele wie die Deutsche Demokratische Partei verfolgt. Jede Zerspaltung würde auf breite Kreise des Bürgerturns entmutigend und abstoßend wirken und dem Gegner zugute kommen. Ueber kleine persönliche Fragen muß die große Sache gestellt werden, und niemand darf es versagt werden, der sich nach den großen Ereignissen des Weltkrieges und der Revolution zu den Grundfragen der Demokratie bekennet, sich anzuschließen.

Die württembergische Fortschrittliche Volkspartei und die Nationalliberale Partei Württembergs haben sich für den Anschluß an die Deutsche Demokratische Partei entschieden, ebenso der Vorstand des Landesverbandes der Fortschrittlichen Volkspartei in Sachsen.

Das bedrohte Deutschland in Oesterreich.

Uebergriffe von Italienern, Serben und Tschechen.

Wien, 24. November.

Die Blätter melden aus Innsbruck: In Südtirol stehen nun zwei italienische Armeen. Oberkommandant ist General Pecore-Girardi, in Bogen kommandiert General Marini. In den südlichen Gemeinden des Bezirkes Bogen werden alle deutschen Ausschreitungen entfernt. Margreit hat bereits eine Straße Vittorio Emanuele. Die italienischen Behörden haben in den Gemeinden Südtirols bis zum Brenner Pläne anbringen lassen, aus denen mit unzweifelhafter Deutlichkeit hervorgeht, daß die Italiener beabsichtigen, Deutsch-Tirol dauernd zu besetzen. Die deutschen Südtiroler werden bereits als Staatsangehörige Italiens behandelt. Mehrfach wird von der unabänderlichen Zusammengehörigkeit des Landes mit Italien gesprochen. Die deutschen Südtiroler werden Untertanen Italiens genannt. Italienische Schulen sind vorgesehen für das Etschtal, Eisacktal, Gröden, Abteital und Enneberg, gemischtsprachige Schulen in den gemischtsprachigen Gebieten. Wenn sich deutsche Gemeinden deutsche Schulen halten wollen, ist dies auf eigene Kosten gestattet. — Vorgehen am Abend sind die ersten italienischen Truppen in Innsbruck eingetroffen. Die Bevölkerung verhält sich ruhig.

Im Auftrage der bayerischen Nationalregierung wurde die Schutzwehr in Marburg aufgelöst und entwaffnet und alle wichtigen Punkte der Stadt von serbischen Truppen mit Maschinengewehren und Artillerie besetzt. Das Obkürbe der Marburger Besetzung wurde vormittags durch jugoslawische Truppen besetzt und für das Blatt die Vorgesetzten angeordnet. — Nach weiteren Meldungen sind die deutschen Orte Neudorf, Berarischenstein und Partmanitz von tschechisch-polnischen Truppen besetzt. Die deutschen Beamten wurden ihres Amtes enthoben und sollen durch Tschechen ersetzt werden. Ferner ist die deutsch-schlesische Stadt Reuttschein von tschechischem Militär besetzt und die deutsche Garde entwaffnet nach Mährisch-Odrau gebracht worden. Die bisher deutsche Stadt Zepa ist in tschechische Verwaltung übernommen worden.

Deutsch-Oesterreichs Abgrenzung.

Meldung des Wiener Korrespondenten.

Wien, 23. November.

Die Nationalversammlung erlebte eine Reihe von Vorlagen, darunter die Forderung, durch die das Hoheitsgebiet des deutsch-österreichischen Staates festgelegt wird. Die Nationalversammlung beschloß mit 88 gegen 17 Stimmen die Städte Brunn und Olmütz unter jene Siedlungsgebiete aufzunehmen, die zu den deutsch-österreichischen Gebietsanteilen gehören. Bezüglich der Frage des Anschlusses der deutschen Komitate in Westungarn nahm die Nationalversammlung gemäß dem gemeldeten Beschluß des Staatsrates einen Antrag des Sozialdemokraten Olenbogen an, wonach bei den Friedensverhandlungen darauf bestanden werden soll, daß diesen deutschen Siedlungen das gleiche Selbstbestimmungsrecht zuerkannt werde, das nach den wiederholten Erklärungen der ungarischen Regierung allen Völkern Ungarns eingeräumt ist.

Der Einmarsch der Entente in Rußland.

Drahtmeldung.

Kiew, 23. November.

Der französische Konsul Emat Oberhand von Odessa aus der ukrainischen Regierung Erklärungen der Entente mächte, in denen es heißt: Die Ententemächte beabsichtigen, die Regierung des Hetmanus zu unterstützen, in der Hoffnung, daß sie die Ordnung bis zur Ankunft der verbündeten Truppen aufrechterhalte. In Bezug auf das gesamte Südrußland erklären die Ententemächte den unbedingten Willen, die Ordnung aufrechtzuerhalten. In kürzester Zeit werden die Ententetruppen in genügender Stärke diese Aufgabe übernehmen. Den Führern von Parteien und Organisationen, einzelner, welcher Richtung, wird die volle persönliche Verantwortung auferlegt für jeden Versuch, Unruhe oder Anarchie zu stiften. — Der ukrainischen „Telegraphenagentur“ zufolge griffen gestern ukrainische Regierungstruppen in der Umgebung von Kiew nationalistische ukrainische Truppen an, schlugen sie und drängten sie überall zurück.

Lloyd George gegen den Bolschewismus.

Reutersmeldung.

London, 23. November.

Ministerpräsident Lloyd George eröffnete heute seine Wahlkampagne mit einer Rede in Wolverhampton, worin er erklärte: Es ist schwer zu sagen, was größer war, die Gefahr, durch die wir gegangen sind, oder der Sieg, den wir errungen haben. Die erste Tatsache, die der Krieg uns enthüllte, war die erschreckende Verschwendung mit unserem Menschenmaterial, die eine Folge der schlechten Ernährung und Wohnungsverhältnisse ist. Das muß anders werden. Das Land muß bis zum äußersten Grade seiner Leistungsfähigkeit bebaut werden. Während der letzten zwei Jahre haben wir uns die Erweiterung der Unbaufläche besonders angelegen sein lassen, da wir nicht im voraus wissen konnten, welche Lage der U-Boot-Krieg herbeiführen würde. Aber wir waren entschlossen, uns auf keinen Fall von den U-Booten hungern zu lassen. Trotz der Verminderung der Arbeitskräfte haben wir die Unbaufläche in Großbritannien und Irland um vier Millionen Acres vergrößert. Jetzt haben wir mehr Zeit und mehr Leute, um unsere Pläne auszuführen. Wir müssen systematisch darauf ausgehen, die Bevölkerung auf dem Lande anzufiedeln. Wir müssen nicht nur die Produktion erhöhen und den heimischen Märkten anpassen, sondern auch die Märkte außerhalb des Landes versorgen. Wir müssen ein Parlament haben, welches diese Pläne zur Durchführung bringt und hierbei die Nation hinter sich hat. Es gibt im Lande revolutionäre Elemente, die nicht von Aufbau wissen wollen. Man weiß, daß die russischen Bolschewisten die Erbschaft, die sie antreten, dazu mißbrauchen, anarchohistische Lehren in ganz Europa zu verbreiten. Die Regierung muß stark genug sein, um ihre Arbeit zu tun, ohne sich dabei von Kritikern oder solchen Leuten beeinflussen zu lassen, die systematisch den gut geordneten Aufbau des Landes verhindern wollen, weil sie glauben, sie können irgend etwas aus der allgemeinen Verwirrung für sich selbst herausfischen. Die Regierung muß sich auf eine große Mehrheit verlassen können.

Rücktritt General Wille. Der schweizerische Stabskommandierende General Wille hat im Hinblick auf die Beendigung des europäischen Krieges gebeten, ihm die Entlassung als General zu gewähren.

Die republikanische Soldatenwehr.

Eine Erklärung der Kommandantur Berlin.

Von der Kommandantur Berlin wird uns erklärt: Die gestern durch W. L. S. verbreitete "Vertrauliche Mitteilung" für die Presse, daß ein kleiner Teil der Berliner Garnison durch die Straßen Berlins marschieren wird, um der verhängnisvollen Bürgerwehr das Geßel zu geben, daß die Regierung in der Lage ist, hier für Ruhe und Ordnung zu sorgen, ist nicht von der Kommandantur ausgegangen. Die Kommandantur hat erst durch die Veröffentlichung in einem Berliner Blatt davon Kenntnis erlangt. Die Angaben der Meldung entbehren jeder sachlichen Begründung. Wahr ist dagegen, daß am Sonnabend nachmittag ein Teil der republikanischen Soldatenwehr im Hofe der Alexanderstraße versammelt war, um Instruktionen der Kommandantur über Disziplin, Bekleidung sowie über die Aufgaben des Wachdienstes entgegenzunehmen. Für die Ausgestaltung eines wirksamen Wachdienstes liegen zwingende Gründe vor, da in den letzten Tagen wieder Plünderungen, Uebersälle auf Lebensmitteldepots, Bekleidungslager und Geldtransporte stattgefunden haben. Im Anschluß an die Instruktion zogen die Soldaten, denen auf ihren Wunsch eine Musikkapelle gestellt worden war, in geschlossenem Zug in ihre Kasernen. Das ist der Tatbestand. Die republikanische Soldatenwehr hat die Aufgabe, für die Sicherheit Berlins zu sorgen und ist gewillt, die Errungenschaften der Revolution gegen Anschläge, woher sie immer kommen mögen, zu verteidigen. In der ersten Erfüllung dieser Pflicht wird die republikanische Soldatenwehr allen Provokationen zum Trotz es nie an Ruhe und Besonnenheit fehlen lassen.

Ferner teilt die Kommandantur Berlin mit: Von den durch den Handstreich gegen das Polizeipräsidium und das Militärgericht der Stadtvogel befreiten Gefangenen befanden sich vier nicht auf Anordnung der Kommandantur in Gewahrsam. Die übrigen 45 waren Diebe, Plünderer und Exzessier. Damit erweist sich die völlige Falschheit der Behauptung, daß es sich bei dem Handstreich um Befreiung von „Opfern“ der Kommandantur handelte.

Richtlinien für die Betriebsräte.

Eine amtliche Bekanntmachung (gez. H. Müller und Mollenhauer) veröffentlicht die Grundlagen für die Wahlen zu den Betriebsräten, die zur Wahrnehmung der politischen und wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten in den Betrieben dienen sollen. Danach wählen Großbetriebe bis zu 100 Beschäftigten ein Mitglied, Betriebe bis zu 500 Beschäftigten bis fünf Mitglieder. Diese Betriebsräte haben die Aufgaben der bisherigen Arbeiterausschüsse zu erfüllen. Die Wahlen erfolgen unter Kontrolle der freien Gewerkschaften. Die Betriebsräte haben einige Mitglieder zu delegieren, ohne deren Zustimmung die Betriebsleitung keine Regelung von Fragen vornehmen darf, die die Arbeiter und Angestellten betreffen.

Zur Wahrnehmung der wirtschaftlichen Interessen der Arbeiter und Angestellten haben sich die Betriebsräte mit den freien Gewerkschaften zu verständigen. Die Betriebsräte können Verhandlungen mit der Betriebsleitung bezw. Direktion aufnehmen. Den Gewerkschaften ist über diese Verhandlungen rechtzeitig und laufend Bericht zu erstatten. Führen die Verhandlungen der Betriebsräte mit der Betriebsleitung bezw. Direktion zu Differenzen, so müssen, bevor die Arbeiterchaft weitere Schritte unternimmt, die Gewerkschaften zugewandt werden. Die Gewerkschaften müssen auch ihrerseits die Initiative zur Regelung allgemeiner Berufsfragen ergreifen. Sie unterstehen der Kontrolle des Vollzugsrates der A. und S.-Räte Groß-Berlin.

Die Sozialisierung der Betriebe darf nur von der sozialistischen Regierung systematisch und organisch in Berücksichtigung der gesamten inneren und außenpolitischen Verhältnisse vorgenommen werden. Die Frage der Akkordarbeit kann im gegenwärtigen Augenblick grundsätzlich nicht geregelt werden, sie muß vielmehr bis zum Wiederaufbau eines geregelten Wirtschaftslebens zurückgestellt werden.

Zur Eindämmung der Arbeitslosigkeit dürfen Entlassungen nicht erfolgen, bevor nicht die Arbeitszeit bis zu vier Stunden herabgesetzt ist. Der Lohnausfall wird durch die Arbeitslosenfürsorge geregelt.

Die bisher gewählten Betriebsräte und Arbeiterausschüsse üben ihre Tätigkeit bis zur erfolgten Neuwahl der Betriebsräte aus. Bestimmungen über Vornahme der Wahlen werden demnächst bekannt gegeben. Desgleichen auch die Bestimmungen zur Vornahme der Wahl der Betriebsräte.

Die Arbeitsbeschaffung für die heimkehrenden Krieger. Die Kriegsamtsstelle in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung: Jeder muß, soweit nur möglich und aus freiem Willen in die Gegend und in die Stellung zurück, in der er sich am 1. August 1917 befunden hat. Jeder bemühe sich daher, mit seinem damaligen Arbeitgeber in Verbindung zu treten. Die Arbeitgeber sind gehalten, soweit es die Rohstoffverfügung nur ermöglicht, jeden Arbeiter und An-

gestellten Arbeiter am frühesten Platz zu stellen. Jede Arbeitsgelegenheit muß sofort zur Unterbringung der vielen dann noch bleibenden Arbeitslosen ausgenutzt werden. Dabei muß jede freie Stelle, die zu vergeben ist, sofort den Arbeitsmachenden und soweit solche nicht bekannt sind, der Zentralarbeitsstelle der Arbeitsnachweise für Berlin und die Provinz Brandenburg, Berlin, Stralauer Brücke 7, gemeldet werden. Bei diesen Stellen sind vorgedruckte Karten für zahlenmäßige Anforderungen von Arbeitsskräften zu haben. Jeder Arbeitsuchende wendet sich an den zuständigen Arbeitsnachweis. Bei den Truppenteilen liegen Verzeichnisse der Arbeitsnachweise aus. Nur so ist eine rasche Arbeitsvermittlung gesichert.

Empfang der einziehenden Soldaten. Der Stadtkommandant (Otto Wels) macht bekannt: Ich empfehle allen denjenigen, die zum Empfang der heimkehrenden Krieger schlagen wollen, als Sinnbild des Neugewordenen die Flaggen mit roten Wimpeln zu versehen. Bei der Beflaggung der öffentlichen Gebäude erwarte ich, daß in diesem Sinne gehandelt wird.

Anmeldung von Oesterreichern. Der Anmeldung von Oesterreichern, die bis zu ihrer Einberufung zum Militärdienst in Berlin anständig waren, steht, wie wir erfahren, nichts im Wege. Die Vorlage eines Passes zu diesem Zweck ist nicht erforderlich, doch müssen sie, um wieder in Groß-Berlin Wohnung nehmen zu können, einen Ausweis über ihre Entlassung aus dem Wehrdienst vorlegen.

Der Weihnachtsmarkt findet auch diesmal in der Hauptstadt auf dem Antonaplatz und dessen Umgebung sowie in der Warschauer und Petersburger Straße statt. Pfefferlächler, Verkäufer von Weihnachtsbäumen und Spielzeug können sich auch außerhalb des Marktbezirks auf geeigneten Plätzen aufstellen. Der Weihnachtsmarkt dauert vom 11. bis 27. Dezember.

Konzertabgabe. Der für heute im Beethoven-Saal angelegte Wiederabend von Birgit Engell muß wegen plötzlicher Erkrankung der Künstlerin verlegt werden. Das neue Datum wird noch bekanntgegeben. Gelöste Karten behalten ihre Gültigkeit.

Für 4 Millionen Mark Lebensmittel beschlagnahmt. Der Polizei war es aufgefallen, daß von einem Speicher in der Wühlengasse Lebensmittel aller Art verkauft wurden. Die Ermittlungen ergaben, daß es sich um Marktlebendwaren handelte, die mit einem aus sieben Eisenbahnwagen bestehenden Transport aus Belgien hierhergekommen waren und von seinem Begleiter, einem Beamtenstellvertreter, auf eigene Rechnung verkauft wurden. Die Polizei belegte das ganze Lager im Werte von 600 000 M. mit Beschlagnahme und überwies es dem Ernährungsausschuß für Groß-Berlin. Der ungetreue Beamte ließ sich nicht wieder sehen.

Auf dem Stettiner Bahnhof wurden auf Veranlassung des A. und S.-Rates drei Waggon beschlagnahmt, die ehemalige militärische Offiziere nach der Front überführen lassen wollten. Die Sicherheitspolizei beschlagnahmte die Waggon. Die Ladung soll u. a. auch Goldgeld enthalten.

Forderungen der Kriegsbeschädigten.

Eine vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten einberufene Versammlung im Lehrer-Vereinshaus forderte folgendes: Die Schaffung eines neuen Mannschaftsgesetzes unter Mitwirkung der Organisation der Kriegsbeschädigten, sowie ein neues Nichtsmittevergehen, Reichsgerichtliche Regelung der amtlichen Fürsorge. Beschlagnahme sämtlicher für die Kriegsbeschädigten gesammelten Gelder und ihre Verwaltung unter der Beteiligung der Kriegsbeschädigten selbst. Vorläufiges Verbot, Kriegsbeschädigte aus Betrieben zu entlassen; Rückbildungen und Entlassungen, die nach dem 9. November erfolgt sind, sind rückgängig zu machen. Einführung eines gesetzlichen Zwanges zur Einstellung Kriegsbeschädigter in andere Betriebe. Vergesellschaftung geeigneter Groß-Grundbesitzer zur Aufstellung Kriegsbeschädigter. Nachträgliche Gewährung eines Entlassungsgeldes von 50 M und Einräumung der kollektiven und fürstlichen Schlösser zu Erholungsheimen für Kriegsbeschädigte.

Eine Versammlung der Militärärzte fand gestern in den Germania-Sälen statt. Nach Ansprachen der Vorsitzenden wurde eine Entschickung angenommen, in der es heißt: Wir erwarten von dem jetzigen Vollzugsausschuß, daß auch er die Rechte der Militärärzte und Kapitulanten zu achten gewillt ist. Von den Regierungen des Reiches, der Bundesstaaten und von den Gemeinden erwarten wir, daß sie alles tun werden, um diese alten Soldaten, die durch den Krieg besonders schwer getroffen sind, zu sichern. Ferner erwarten wir, bei der Beratung der uns betreffenden Gesetze mit herangezogen zu werden. Wir Militärärzte und Kapitulanten erhoffen die schnelle Einberufung einer Nationalversammlung und stellen uns zum Nutzen des ganzen Volkes der jetzigen Regierung einmütig zur Verfügung.

Westen vormittag fand eine Versammlung heimkehrender englischer Gefangener statt, in der Eduard Bernstein und Lebedow die Hauptredner waren. Von ihren Ausführungen ist hervorzuheben, daß sie von der angeblichen Freude des deutschen Volkes über die Auslieferung der deutschen Kriegsschiffe an England sprachen und daß insbesondere Lebedow die Engländer aufforderte, zur Rettung der Weltrevolution einzutreten. Der anwesende Vertreter des A. und S.-Rates, Schiesinger, beantwortete diese schweren Entgegnungen. Die Zuhörer werden sich

über diese Rede sehr gewundert sein, daß unter dem Vorzeichen mit seinen beschwäftigten Ansichten im deutschen Volk und auch in der deutschen Sozialdemokratie so gut wie isoliert dastehet, wenn man von einer verschwindend kleinen Gruppe absteht, zu der Lebedow offenbar nurmehr auch offiziell zugehörig scheint. Was Lebedow über die Auslieferung der deutschen Kriegsschiffe sagte, trifft gerade jenen Punkt des Waffenstillstandsvertrages, der wohl am allerwichtigsten auch nur durch das Interesse der Gegner zu rechtfertigen wäre, zum Unterschied von verschiedenen anderen Punkten, gegen die man in letzter Zeit mit überflüssiger Festigkeit protestieren zu müssen glaubte.

Die Auslandsdeutschen und die neue Regierung.

Die deutschen Flüchtlinge aus dem feindlichen Ausland tagten in großer Zahl in der Wilhelmsharmonie. Die Versammelten beschloßen, einen Rat der Auslandsdeutschen ins Leben zu rufen und sich mit ihrer Arbeitstrait und Erfahrung in den Dienst der neuen Regierung zu stellen. Sie halten es, wie in ihrer Entschickung ausgeführt wird, für ihre erste Pflicht und ihr erstes Recht, daß sie künftig für die Vertretung des deutschen Volkes auch vom Auslande aus wählen und gewählt werden können. Sie sind geneigt, mitzuwirken an der Erfüllung der besonders dringlichen Aufgaben der Gegenwart und der Zukunft, und sie halten es für geboten, daß sie durch einen angemessenen Ertrag der Kriegsschäden, sei es durch Geld, Kredit oder andere Maßnahmen, in die Lage versetzt werden, in diesem Sinne tätig zu sein.

Protestversammlungen gegen die polnischen Judenpogrome. Die Berliner jüdische Vereinigung veranstaltet gemeinsam mit der jüdisch-sozialdemokratischen Arbeiterpartei (Jale Zion heute, Montag, abends 8 Uhr, in der Wilhelmsharmonie, Bernburger Straße 22-23, und in den Sophienböden, Sophienstraße 18, öffentliche Protestversammlungen gegen die Pogrome in Galizien und Polen. Redner sind Dr. Oskar Cohn (Nordhausen), Julius Kalkstein, E. Hubatschow, Alfred Rice, Kurt Blumenfeld, Heinrich Loewe, Rahum Goldmann.

Handelsteil.

Verantwortlicher Redakteur: Georg Münch, Berlin.

Steuerfluchtgesetz. In Ergänzung der in der „Voss. Ztg.“ vom 23. d. M. wiedergegebenen Verordnung betr. Maßnahmen gegen die Kapitalabwanderung ins Ausland teilt „W. T. B.“ mit, daß die Erfahrungen der letzten Tage es als geboten erscheinen lassen, den Maßnahmen eine rückwirkende Kraft beizulegen, indem die Anzeigepflicht für Verkäufe von Wertpapieren ins Ausland und für Guthabenszugunsten von Ausländern, die in der letzten Zeit vor Inkrafttreten der Verordnung vom 21. November erfolgt sind, eingeführt wird. Eine hierauf abzielende Ergänzungsverordnung wird voraussichtlich in den nächsten Tagen veröffentlicht werden.

Breslauer Spritfabrik A.-G. Die außerordentliche G.-V. genehmigte den Verschmelzungsvertrag mit den Ostelbischen Spritwerken, die entsprechende Erhöhung des Aktienkapitals und die vorgeschlagenen Statutenänderungen. Die neuen schon begabenen 1,5 Mill. M. Vorzugsaktien rangieren hinter den bestehenden 2 361 000 M. Stammaktien und werden den Aktionären der Ostelbischen Spritwerke im Verhältnis von 4:8 angeboten werden. In dem Aufschiebe 24 wurden Kommerzienrat Michalowsky-Posen und Reuter Benno Kaufmann-Charlottenburg auf Vorschlag der Ostelbischen Spritwerke neu gewählt.

Germania Brauerei A.-G. in Dortmund. Der Aufsichtsrat schlägt nach reichlichen Abschreibungen 6 pCt. Dividende, wie in den vier Vorjahren, auf 3 Mill. M. Aktienkapital vor.

Berliner Konkurse. Im Konkurs der Ges. Berliner Handelskassens Dittmann & Co. G. m. b. H. in Berlin, Mittelstr. 23, stellt der Verwalter auf etwa 167 000 M. Passiven zurzeit 44 pCt. Dividende in Aussicht.

Königsberg, 24. November. (Eigene Drahtmeldung.) Die Handelskammer in Königsberg teilt mit, daß die amtlichen Handelsstellen im Gebiete „Ober-Ost“ aufgelöst werden und deshalb Angebote nicht mehr an die Geschäftsstellen zu richten sind.

New York, 22. November. (Eigene Kabelmeldung.)

| | 22. 11. | 22. 11. | 22. 11. | 22. 11. |
|-----------------------------|---------|---------|-------------------------|---------|
| Tendenz für Gold | nom. | fest | Norfolk & Western | 97 1/2 |
| Geld a. 24 St. Durchsch. | nom. | 5 1/2 | Northern Pacific | 96 |
| Geld a. 24 St. Letzt. Darl. | nom. | 6 | Pennsylvania | 47 1/2 |
| Wochs. a. Paris (Sicht) | 5,4582 | 5,4582 | Reading | 86 1/2 |
| Wochs. a. Lond. (60 T.) | 4,7835 | 4,7835 | Chicago Rock Island | 26 1/2 |
| Cable Transfers | 4,7645 | 4,7645 | Southern Pacific | 102 |
| Silber Bullion | 101 1/2 | 101 1/2 | Southern Railway | 29 1/2 |
| North. Pac. 8 1/2 Bonds | 62 1/2 | 62 1/2 | Southern Railway pref. | 69 1/2 |
| S. Pac. 4 1/2 Ser. A | 64 1/2 | 64 1/2 | Union Pacific | 180 |
| do. 6 1/2 Inc. Ser. A | 50 | 50 | do. do. pref. | 75 |
| do. Adjust. Bond | 64 | 64 | Wabash pref. | 28 |
| Stl. Pac. cv. 4 1/2 Bonds | 84 1/2 | 84 1/2 | Western Maryland | 18 1/2 |
| Atchison Topeka | 98 | 98 1/2 | American Can | 42 1/2 |
| Baltimore & Ohio | 95 | 95 1/2 | American Car & Foun. | 81 |
| Canadian Pacific | 162 1/2 | 162 1/2 | American Locomotive | 68 |
| Cheapeake & Ohio | 57 1/2 | 58 | American Smelt. Ref. | 65 1/2 |
| Chicago Milwaukee | 46 1/2 | 47 1/2 | American Sugar Ref. | — |
| Denver & Rio Grande | 6 | 6 | Anaconda Copper M. | 65 1/2 |
| Erie common | 18 1/2 | 18 1/2 | Bethlehem Steel | 63 1/2 |
| Erie first pref. | 81 | 81 1/2 | Central Leather | 61 1/2 |
| Great Northern pref. | 87 | 88 1/2 | Consolidated Gas | 98 1/2 |
| Great North. Ore. Cert. | 83 | 83 | General Electric | 144 |
| Illinois Central | 100 1/2 | 102 | Internat. Harvester | 110 |
| Interior. Consolld. | 7 1/2 | 7 1/2 | Intern. Merc. Mar. Co. | 25 1/2 |
| Lehigh Valley | 60 1/2 | 60 1/2 | do. do. do. pref. | 107 |
| Louisville & Nashville | 117 | 117 | National Lead | 81 |
| Missouri, Kans. & Texas | 5 1/2 | 5 1/2 | Republ. Iron & Steel | 76 1/2 |
| Missouri Pac. neue Akt. | 25 1/2 | 25 1/2 | Unit. Stat. Steel Corp. | 100 |
| N. R. Mexico 2. pr. | 8 1/2 | 9 1/2 | do. do. do. do. pref. | 111 1/2 |
| New York Central | 77 | 78 1/2 | Utah Copper | 70 1/2 |
| New York Ontario | 21 1/2 | 22 | Virginia Carol. Chem. | 54 1/2 |

Opernhaus
Unter den Linden.
Montag, 25. Abonn.-Vorstellung
7. Carmen.
Dienstag, 26. Abonn.-Vorstellung
Ein Maskenball.

Schauspielhaus
Am Gendarmenmarkt.
Montag, 25. Abonn.-Vorstellung
8 1/2. Der Gyn.
Dienstag, 26. Abonn.-Vorstellung
Die Journalisten.

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater.
7 U. D. Kaufmann v. Venedig.
Dienstag 7 U. D. Kaufmann v. Venedig.
Kammerstücke.
8 Uhr: Scheiterhaufen.
Dienstag 7 Uhr: Der Sohn.

Kleines Schauspielhaus
Fasanenstraße 1, Port. 5.
Keine Vorstellung.
Dienstag 7 Uhr: Zuerst. Male:
Der Brand im Opernhaus.

Volksbühne Theater am Bülowplatz.
Dir. Friedr. Kayssler.
7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.
Dienstag 7 1/2 Uhr: Wilhelm Tell.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7 1/2 Uhr: Der Schöpfer.
Dienstag: Der Marquis v. Kelth.
Mittw., Donn.: Der Schöpfer.
Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7 1/2 Uhr: Nachtbeleuchtung - Auferstehung.

URANIA
Taubenstraße 48/49.
Im Wissenschaftlichen Theater:
8 Uhr: Dr. Arur Traube:
Uvaobromie.
Im Horsaal: 8 Uhr: Professor
Dr. Kefner: Die verschollenen Stahlorten.

Circus Bausch
Egl 7 1/2, Sonntag 8 1/2, u. 7 1/2 Uhr.
Das erstklassige
Zirkus-Programm.
Zum Schluß:
„Oberon“
Phant. Wasser-Pantomime.
Sonntag 8 1/2 „Hän. elu. G. etel“.

Central-Theater
7 1/2 U.: Die Rosa v. Stambul.
Deutsches Opernhaus.
8 Uhr: Parsifal.

Friedr.-Wilhelmst. Theater.
7 1/2 U.: Kannelr.
Kleines Theater.
7 1/2 U.: Adam, Eva u. d. Schlange.

Komische Oper.
7 1/2 U.: Schwarzwaldmadel.
Lustspielhaus.
7 1/2 U.: Die spanische Fliege.

Metropol-Theater.
10 Uhr: Die Faschingsfee.
Neues Operettenhaus.
7 1/2 U.: Die Glocken v. Carneville.

Palast-Theater
8 1/2 U.: Der zerbroch Krug.
H.erauf K.ass. Zänze.

Residenz-Theater.
7 1/2 U.: Dyckorpotts Erben.
Schiller-Theater Charlottenbg.
7 1/2 U.: Kamlet.

Italia-Theater.
7 1/2 U.: Der Hüttenbesitzer.
Theater am Nollendorplatz.
7 Uhr: Drei alte Schachteln.

Theater des Westens.
7 1/2 U.: Die Dollarprinzessin.
Wallner-Theater.
7 1/2 U.: Graf Kabenichts.

Theater d. Friedrichsstadt.
Ecke Friedrich- u. Linienstr.
Täglich: 7 1/2. Norden 8650.
Drei tolle Tage
v. Müllendorfer, Cleron, Georg.
Augustin, Holms, Laskowski.
Sonntag 8 1/2: Hansel u. Gretel. Z.

Theater i. d. Königgrätzerstraße
7 1/2 Uhr: Hauch im Ail.
Dienstag: Rosmersholm.
Mittwoch: Die fünf Kranenfarter.

Komödienhaus
7,45 Uhr: Tanzende Nympha.
Berliner Theater.
Täglich 7 1/2 Uhr:
Sterne,
die wieder leuchten.

Iranien-Theater
Bbl. Friedrichstr. Ztr. 4927, 2891.
Täglich 8 Uhr:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermaun.
Ida Wüst, Bruno Kastner,
Emma De nor, Hugo Flink,
Gonia, Schönbald, Tollen.

Mittwoch 4 U.: Hansel u. Gretel.
Donnerstag 4 U.: Rotkäppchen.
Freitag 4: Schneewittchen.
Sonntag 3 Uhr: Hansel u. Gretel.
Sonntag 4 Uhr: Johannisfeuer.

WINTERGARTEN
Letzte Woche!
Henry Bender
Glas Kolbe
Otto Röhr
Humorist am Flügel
sowie der
Grosse bunte
November-Spielplan
12 Kunstkräfte 12

Reichshallen-Theater.
Abends 7 1/2 Uhr und
Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettin r Sänger,
Nachmittags er-
mäßigte Preise.
Reichshall., Saal:
Großes Blüthge-
Konz. Anf 7 1/2 hr

APOLLO
Friedrichstr. 218.
7 1/2, Sonntag 3 1/2, u. 7 1/2.
Die Welt geht unter!
Bild. a. d. großen
November-Varieté-
Ausstattung: sehen mit
Aust Sönelan
Ernst Luitchsch
usw.
Theaterk. ab 10 U. geöff.
Sonntags 8 1/2 U. jeder Er-
wachsene 1 Kind frei!

Admirals-Palast.
Die Prinzen von Tragant
Wer ist die Schönste?
ajadah.
7 1/2 Uhr.
K. J. A. V. I. E. R.
bunfel. Eide, gut erhalt., kauft
Erdpönger, Treptow, Pude-
straße 2. (Alexand. 2858.)